

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für lokale Behörden zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 1. JUNI 2004 ÜBER DIE
AUSÜBUNG GEWISSE ZUSTÄNDIGKEITEN DER WALLONISCHEN REGION IM BEREICH
DER UNTERGEORDNETEN BEHÖRDEN DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEIN-
SCHAFT**

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf soll die aufgrund von Artikel 139 der Verfassung übertragene Zuständigkeit der Kontrolle der Wahlausgaben und der Herkunft der dafür verwendeten Gelder bei Gemeinderatswahlen erweitert werden. Künftig soll die Deutschsprachige Gemeinschaft, wie auch die Wallonische Region, generell die geltenden Vorschriften in diesem Bereich erlassen können.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	6
Vorentwurf	7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Artikel 4 des Sondergesetzes vom 13. Juli 2001 zur Übertragung verschiedener Befugnisse an die Regionen und Gemeinschaften, der am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist und Artikel 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen abändert, überträgt den Regionen die Zuständigkeit bezüglich der Wahl der provinziellen, kommunalen und intrakommunalen Organe sowie der Organe der Agglomerationen und Gemeindeföderationen, einschließlich der Kontrolle der damit verbundenen Wahlausgaben.

Seit dieser Zuständigkeitsübertragung hat die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats mehrere Gutachten¹ zur Frage der Kontrolle und der Einschränkung der Wahlausgaben abgegeben.

Der wallonische Regionalgesetzgeber hat seine Zuständigkeit im Bereich der Wahlausgaben immer als ausschließlich auf die Kontrolle der Wahlausgaben beschränkt betrachtet. Somit legt der Gesetzgeber in den Vorbereitungsarbeiten eines Dekretentwurfs dar, der zum Dekret vom 1. Juni 2006 zur Abänderung von Buch I des vierten Teils des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung geworden ist, dass „die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats sich kritisch gegenüber der Zuständigkeit der Region im Bereich der Einschränkung und der Kontrolle der Wahlausgaben geäußert hat. Damit erinnert sie an das Gutachten 36/323/VR vom 27. Januar 2004 zu einem Vorschlag, der zum Dekret vom 11. März 2004 zur Festlegung der Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Regionalrates geworden ist; Gutachten, gemäß welchem die Regionen nur im Bereich der Kontrolle der Wahlausgaben zuständig seien und nicht für deren Einschränkung“.²

In seinem Gutachten Nr. 36/323/VR vom 27. Januar 2004 unterscheidet die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats (vereinigte Kammern) zwischen dem, was in das Zuständigkeitsgebiet des föderalen Gesetzgebers und dem was in das Zuständigkeitsgebiet der regionalen Gesetzgeber fällt. Die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats hat hervorgehoben, dass die Regionen für die Kontrolle der Wahlausgaben in Bezug auf die Provinzial-, Kommunal- und Intrakommunalwahlen befugt sind. Dies umfasst die anwendbaren Vorschriften für die Erklärung in Bezug auf die Wahlausgaben, für die Kontrolle der Propagandatechniken, für die Kontrolle der Herkunft der Gelder, für die Feststellung von Verstößen und der diesbezüglichen Prozedur sowie für die Bestimmung der Strafmaßnahmen in Bezug auf diese Vorschriften.³

Aus Sicht des föderalen Gesetzgebers obliegt den Regionen seit 2002 die Regelung in Bezug auf die Wahlausgaben für die Lokalwahlen.⁴

¹ Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, Nr. 36.323/VR, 27. Januar 2004, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=de>; Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, Nr. 39.080/AV/3, 18. Oktober 2005, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=de>; Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, Nr. 39.600/3, 20. Dezember 2005, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=de>; Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, Nr. 39.980/4, 27. März 2006, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=de>.

² Originaltext : « la section de législation du Conseil d'Etat a émis des critiques concernant la compétence de la Région en matière de limitation et de contrôle des dépenses électorales. Elle rappelle ainsi l'avis 36/323/V.R. du 27 janvier 2004 émis sur une proposition devenue le décret du 11 mars 2004 instituant le contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections du Conseil régional wallon, avis selon lequel la région ne serait compétente qu'en matière de contrôle des dépenses, et non de limitation de celles-ci. » (cité dans Trav. Parl., Projet de décret modifiant le Livre Ier de la quatrième partie du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, 21 avril 2006, Exposé des motifs, session 2005-2006, n° 357-1, <https://www.parlement-wallonie.be>, p. 6).

³ Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, Nr. 36.323/VR, 27. Januar 2004, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=de>; Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats, Nr. 39.980/4, 27. März 2006, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=de>, S. 11.

⁴ Siehe hierzu die Antwort der föderalen Kontrollkommission der Wahlausgaben an den Innenminister zu Artikel 4 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte: « Inhaltlich ist die Kommission einstimmig der Auffassung, dass die Regelung

In Folge des Sondergesetzes vom 30. Juli 2018 zur Abänderung von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen hinsichtlich der Wahlausgaben für die Lokalwahlen ist die Kontroverse geklärt worden. Artikel 2 des Sondergesetzes, welches am 6. September 2018 in Kraft getreten ist, hat Artikel 6 §1 VIII Absatz 1 Nummer 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 wie folgt abgeändert: „Die Angelegenheiten, auf die sich Artikel 39 der Verfassung bezieht, sind: was die untergeordneten Behörden betrifft : 4. die Wahl der provinzialen, suprakommunalen, kommunalen und intrakommunalen Organe sowie der Organe der Agglomerationen und Gemeindeföderationen, einschließlich der Vorschriften und der Kontrolle hinsichtlich der damit verbundenen Wahlausgaben und der Herkunft der dafür verwendeten Gelder“.

Infolgedessen sind nun die Regionen befugt, die Vorschriften in Bezug auf die Regelung⁵ der Wahlausgaben zu bestimmen.

Gemäß Artikel 139 der Verfassung hat das Wallonische Parlament das Dekret vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft verabschiedet. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Dekret vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft verabschiedet.

Diese Dekrete ermöglichen die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region durch die Deutschsprachige Gemeinschaft im Bereich der untergeordneten Behörden auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Dekrete vom 27. Mai 2004 und vom 1. Juni 2004 sind jeweils in der Wallonischen Region durch das Dekret vom 28. April 2014 zur Abänderung des Dekrets vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch das Dekret vom 5. Mai 2014 zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft abgeändert worden.

Diese beiden Dekrete, die am 1. Januar 2015 in Kraft getreten sind, haben der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Ausübung der Zuständigkeit bezüglich der Organisation der Wahl der kommunalen und intrakommunalen Organe, einschließlich der Kontrolle der damit verbundenen Wahlausgaben und der Herkunft der dafür verwendeten Gelder auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht.

bezüglich der Wahlausgaben für die Lokalwahlen nicht mehr im Zuständigkeitsbereich des Föderalstaats fällt und dies seit 2002. Daher obliegt es den Regionen ihre Autonomie in diesem Bereich auszuüben ». Originaltext: « Quant au fond, la Commission estime, à l'unanimité, que la réglementation relative aux dépenses électorales pour les élections locales ne relève plus de la compétence de l'Etat fédéral et ceci depuis 2002. Il appartient donc aux Régions d'exercer leur autonomie en la matière » (cité dans Trav. Parl., Proposition de loi spéciale modifiant l'article 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles en ce qui concerne les dépenses électorales engagées pour les élections locales, 23 janvier 2018, Développements, législature 54 (2014-2019), n° 54-2908, <https://www.lachambre.be>, p. 5).

⁵ In den Vorbereitungsarbeiten kann zum Kommentar des Artikels 2 folgendes gelesen werden : « fallen unter der Gesetzgebung der Wahlausgaben, die materiellrechtlichen Vorschriften, wie zum Beispiel die bezüglich der Ausgabenobergrenze und der Mittel, die der Kampagne zugewiesen werden dürfen. Die Sanktionen im Falle der Nicht-Beachtung dieser materiellrechtlichen Vorschriften fallen im Zuständigkeitsbereich der Regionen gemäß Artikel 11 desselben Sondergesetzes » Originaltext : « sont visées dans la réglementation des dépenses électorales, les règles matérielles de fond, telles que celles relatives à la période réglementée, aux plafonds de dépenses et aux moyens pouvant être affectés à la campagne. Les sanctions en cas de non-respect de ces règles matérielles relèvent de la compétence des régions en vertu de l'article 11 de la même loi spéciale » (cité dans Trav. Parl., Proposition de loi spéciale modifiant l'article 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles en ce qui concerne les dépenses électorales engagées pour les élections locales, 23 janvier 2018, Commentaire des articles, législature 54 (2014-2019), n° 54-2908, <https://www.lachambre.be>, p. 6).

Da nun die Wallonische Region zuständig für die Festlegung der Vorschriften in Bezug auf die Wahlausgaben im Rahmen der Wahl der provinziellen und kommunalen Organe ist und da die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits zuständig für die Kontrolle der Wahlausgaben im Rahmen der Wahl der kommunalen und intrakommunalen Wahlen ist, erscheint es aus Klarheits-, Kohärenz- und Lesbarkeitsgründen angebracht, den Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Festlegung der Vorschriften in Bezug auf die Wahlausgaben im Rahmen der Wahl der kommunalen und intrakommunalen Organe auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermöglichen.

Um die Übertragung zu verwirklichen, muss ein gleichlautendes Dekret durch das Wallonische Parlament verabschiedet werden. Das vom Wallonischen Parlament verabschiedete Dekret und das vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedete Dekret müssen zwingend am gleichen Datum in Kraft treten. Aus diesem Grund ist es angebracht, das in Kraft treten aufzuschieben und vorzusehen, dass es vorbehaltlich der Verabschiedung durch das Parlament der Wallonischen Region eines gleichlautenden Dekrets am selben Datum in Kraft tritt.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel ermöglicht es der Deutschsprachigen Gemeinschaft, auf Ihrem Gebiet die Vorschriften in Bezug auf die Regelung der Wahlausgaben für die Wahl der kommunalen und intrakommunalen Organe zu bestimmen.

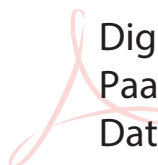
Sind durch die Regelung der Wahlausgaben betroffen: die materiellen Rechtsvorschriften, wie zum Beispiel die der geregelten Periode, der Ausgabenobergrenze und der Mittel, die der Kampagne zugewiesen werden dürfen. Die Strafmaßnahmen im Falle der Nicht-Beachtung dieser materiellen Rechtsvorschriften fallen in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 2

Der Artikel legt das Inkrafttreten des Dekrets auf den 1. März 2024 fest, unter der Voraussetzung, dass ein vom Wallonischen Parlament verabschiedetes gleichlautendes Dekret ebenfalls an diesem Datum in Kraft tritt.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

 Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2023.06.08 10:19:51 +02'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Artikel 1 – In Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1.1 des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 17. Dezember 2015, wird zwischen die Wortfolgen „einschließlich der“ und „Kontrolle der damit verbundenen Wahlausgaben“ die Wortfolge „Vorschriften und der“ eingefügt.

Art. 2 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. März 2024 in Kraft, vorausgesetzt, ein vom Wallonischen Parlament verabschiedetes gleichlautendes Dekret tritt ebenfalls an diesem Datum in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident

Datum: 2023.06.08 10:20:33 +02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Pouvoirs locaux ;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre-Président, compétent en matière de Pouvoirs locaux, est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret modifiant le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés

CONTENU

Le présent projet de décret vise à élargir la compétence en matière de contrôle des dépenses électorales et l'origine des fonds qui y ont été affectés lors des élections communales, transférée sur base de l'article 139 de la Constitution. Dorénavant, la Communauté germanophone pourra, comme la Région wallonne, édicter de manière générale les règles applicables en la matière.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	6
Avant-projet	7

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GENERALES

L'article 4 de la loi spéciale du 13 juillet 2001 portant transfert de diverses compétences aux régions et communautés, entré en vigueur le 1^{er} janvier 2002 et modifiant l'article 6 de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, a eu pour effet de confier aux Régions la compétence relative à l'élection des organes provinciaux, communaux et intracommunaux, ainsi que des organes des agglomérations et fédérations de communes, en ce compris le contrôle des dépenses électorales y afférentes.

Depuis ce transfert de compétence, la section de législation du Conseil d'État a rendu plusieurs avis¹ sur la question du contrôle et de la limitation des dépenses électorales.

Le législateur régional wallon a toujours considéré que sa compétence en matière de dépenses électorales était limitée uniquement au contrôle des dépenses électorales. Ainsi, dans les travaux préparatoires d'un projet de décret devenu le décret du 1^{er} juin 2006 modifiant le livre I^{er} de la quatrième partie du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, le législateur expose que « la section de législation du Conseil d'État a émis des critiques concernant la compétence de la Région en matière de limitation et de contrôle des dépenses électorales. Elle rappelle ainsi l'avis 36/323/V.R. du 27 janvier 2004 émis sur une proposition devenue le décret du 11 mars 2004 instituant le contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections du Conseil régional wallon, avis selon lequel la région ne serait compétente qu'en matière de contrôle des dépenses, et non de limitation de celles-ci. ».²

Dans son avis n° 36/323/VR du 27 janvier 2004, la section de législation du Conseil d'État (chambres réunies) a établi une distinction entre ce qui relève du législateur fédéral et ce qui relève des législateurs régionaux. La section de législation du Conseil d'État a mis en évidence le fait que les Régions sont compétentes pour le contrôle des dépenses électorales relatives aux élections provinciales, communales et intracommunales, ce qui comprend les règles applicables à la déclaration relative aux dépenses électorales, au contrôle des technique de propagande électorale, du contrôle de l'origine des fonds, la constatation des manquements et la procédure qui y est relative, ainsi que la détermination des sanctions relatives à ces règles.³

Du point de vue du législateur fédéral, la réglementation relative aux dépenses électorales pour les élections locales incombe aux Régions depuis 2002.⁴

Suite à la loi spéciale du 30 juillet 2018 modifiant l'article 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, en ce qui concerne les dépenses électorales engagées pour les élections locales, la controverse a été tranchée. L'article 2 de cette loi spéciale, entré en vigueur le 6 septembre 2018, a modifié l'article 6, § 1^{er}, VIII, alinéa 1^{er}, 4°, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8

¹ S.L.C.E., n° 36.323/VR, 27 janvier 2004, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=fr>; S.L.C.E., n° 39.080/AV/3, 18 octobre 2005, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=fr>; S.L.C.E., n° 39.600/3, 20 décembre 2005, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=fr>; S.L.C.E., n° 39.980/4, 27 mars 2006, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=fr>.

² Trav. Parl., Projet de décret modifiant le Livre I^{er} de la quatrième partie du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, 21 avril 2006, Exposé des motifs, session 2005-2006, n° 357-1, <https://www.parlement-wallonie.be>, p. 6.

³ S.L.C.E., n° 36.323/VR, 27 janvier 2004, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=fr>; S.L.C.E., n° 39.980/4, 27 mars 2006, <http://www.raadvst-consetat.be/?lang=fr>, p. 11.

⁴ Voir la réponse fournie par la Commission fédérale de contrôle des dépenses électorales au Ministre de l'Intérieur au sujet de l'article 4 de la loi du 7 juillet 1994 relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale : « Quant au fond, la Commission estime, à l'unanimité, que la réglementation relative aux dépenses électorales pour les élections locales ne relève plus de la compétence de l'Etat fédéral et ceci depuis 2002. Il appartient donc aux Régions d'exercer leur autonomie en la matière » (cité dans Trav. Parl., Proposition de loi spéciale modifiant l'article 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles en ce qui concerne les dépenses électorales engagées pour les élections locales, 23 janvier 2018, Développements, législature 54 (2014-2019), n° 54-2908, <https://www.lachambre.be>, p. 5).

août 1980, qui se lit désormais comme suit : « Les matières visées à l'article 39 de la Constitution sont : En ce qui concerne les pouvoirs subordonnés : 4° l'élection des organes provinciaux, supracommunaux, communaux et intracommunaux, ainsi que des organes des agglomérations et fédérations de communes, en ce compris la réglementation et le contrôle des dépenses électorales y afférentes et l'origine des fonds qui y ont été affectés ».

Il en résulte que les Régions sont désormais compétentes pour établir les règles relatives à la réglementation⁵ des dépenses électorales.

Conformément à l'article 139 de la Constitution, le Parlement wallon a adopté le décret du 27 mai 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés. Le parlement de la Communauté germanophone a adopté le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés.

Ces décrets permettent l'exercice, par la Communauté germanophone, sur le territoire de la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés.

Ces décrets des 27 mai 2004 et 1^{er} juin 2004 ont été modifiés, respectivement, en Région wallonne, par le décret du 28 avril 2014 modifiant le décret du 27 mai 2004 relatif à l'exercice par la Communauté germanophone de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, et, en Communauté germanophone, par le décret du 5 mai 2014 modifiant le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés.

Ces deux décrets, entrés en vigueur le 1^{er} janvier 2015, ont eu pour effet de permettre, par la Communauté germanophone, l'exercice de la compétence d'organisation de l'élection des organes communaux et intracommunaux, en ce compris le contrôle des dépenses électorales et l'origine des fonds, sur le territoire de la Communauté germanophone.

Maintenant que la Région wallonne est compétente pour fixer les règles relatives à la réglementation des dépenses électorales dans le cadre de l'élection des organes provinciaux et communaux, et étant donné que la Communauté germanophone est déjà compétente en matière de contrôle des dépenses électorales lors de l'élection des organes communaux et intracommunaux, il s'indique, par souci de clarté, de cohérence et de lisibilité, de permettre aux instances de la Communauté germanophone d'établir, sur le territoire de la Communauté germanophone, les règles relatives à la réglementation des dépenses électorales lors de l'élection des organes communaux et intracommunaux.

Afin de concrétiser le transfert, il convient que le Parlement de la Communauté germanophone adopte un décret identique. Le décret adopté par le Parlement wallon et le décret adopté par le Parlement de la Communauté germanophone doivent nécessairement entrer en vigueur à la même date. Il convient, de fait, de différer l'entrée en vigueur et de prévoir que celle-ci est conditionnée à l'adoption par le Parlement de la Communauté germanophone d'un décret identique à la même date.

⁵ Dans les travaux préparatoires, on peut lire, sous le commentaire de l'article 2 : « sont visées dans la réglementation des dépenses électorales, les règles matérielles de fond, telles que celles relatives à la période réglementée, aux plafonds de dépenses et aux moyens pouvant être affectés à la campagne. Les sanctions en cas de non-respect de ces règles matérielles relèvent de la compétence des régions en vertu de l'article 11 de la même loi spéciale » (Trav. Parl., Proposition de loi spéciale modifiant l'article 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles en ce qui concerne les dépenses électorales engagées pour les élections locales, 23 janvier 2018, Commentaire des articles, législature 54 (2014-2019), n° 54-2908, <https://www.lachambre.be>, p. 6).

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article permet à la Communauté germanophone de fixer, sur son territoire, les règles relatives à la réglementation des dépenses électorales lors de l'élection des organes communaux et intracommunaux.

Sont visées dans la réglementation des dépenses électorales, les règles matérielles de fond, telles que celles relatives à la période réglementée, aux plafonds de dépenses et aux moyens pouvant être affectés à la campagne. Les sanctions en cas de non-respect de ces règles matérielles relèvent de la compétence de la Communauté germanophone.

Article 2

L'article fixe l'entrée en vigueur du décret au 1^{er} mars 2024, pour autant qu'un décret identique adopté par le Parlement de la Communauté germanophone entre également en vigueur à cette date.

Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés

Article 1^{er}. À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1.1, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, modifié en dernier lieu par le décret du 17 décembre 2015, les mots « la réglementation et » sont insérés entre les mots « en ce compris » et les mots « le contrôle des dépenses électorales ».

Art. 2. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} mars 2024, pour autant qu'un décret identique adopté par le Parlement wallon entre également en vigueur à cette date.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH